

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cadenstrasse 3  
Fernsprecher: Dönhof 282 - 288  
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH  
Berlin SW. 68, Cadenstrasse 3  
Fernsprecher: Dönhof 2800-2801

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Lebensmittelnot in Berlin.

Die Krise auf dem Lebensmittelmarkt ist die große unheimliche Tatsache, die seit einigen Tagen alle anderen Sorgen zurückgedrängt hat und das öffentliche Leben Berlins, ganz Deutschlands beherrscht. War die Masse der arbeitenden Bevölkerung gegen die Teuerung schon einigermaßen abgestumpft, nahm sie das Steigen der Preise schon mit einem gewissen Fatalismus hin, wenn nur die Löhne einigermaßen folgten; hatte man sich damit schon abgefunden, daß an Neuanschaffung von Kleidern und Wäsche für absehbare Zeit gar nicht zu denken war und wollte man sich damit vorerst begnügen, wenn nur das Notwendigste zur Befriedigung des leiblichen Bedürfnisses für den nächsten Tag gesichert war, so sieht man sich jetzt vor eine neue, noch schlimmere Situation gestellt, die die Nerven aufs Neue ausreizt. Denn selbst das Notwendigste, das zur Erhaltung des Lebens unentbehrlich ist, beginnt zu mangeln, und die Frage beginnt alle Gemüter zu beschäftigen: Was werden wir morgen zu essen haben?

Da Fleisch, Butter und Eier längst für die breiten Massen Luxus geworden sind, bilden Kartoffeln und Fett die Grundlagen der Volksernährung. Gerade hier hat ein atemberaubendes Stöcken der Zufuhren eingesetzt. Man erklärt die Kartoffelknappheit aus der Verspätung der neuen Ernte, die auf die ungünstige Witterung des Frühjahres zurückzuführen sei. Das mag stimmen, aber das ungünstige Wetter war schließlich eine allgemein bemerkte Erscheinung, seine Folgen ließen sich voraussehen und konnten durch vorsorgliche Vorratswirtschaft gelindert werden. Sie zu treiben, fehlt aber in der „freien“ Wirtschaft jede Möglichkeit. Von einer ordnenden Hand in der Lebensmittelversorgung ist nichts mehr zu fühlen. Das während des Kriegs beliebte „Strecken“ der Vorräte, das Gewahren von dürftigem Ersatz, wenn ein Nahrungsmittel aufgebraucht war, schuf gewiß keinen Idealzustand, aber es gab der Bevölkerung doch die Hoffnung, daß schließlich immer noch etwas da sein werde, das auf den Tisch gebracht werden könnte.

Auch jetzt blüht ein großer Teil der Massen — und gerade der vernünftigste und politisch gebildetste — erwartend und fordert nach den Zentralstellen der staatlichen Verwaltung. Man erwartet von ihnen Maßnahmen, die das Schlimmste verhüten. Ist diese Erwartung berechtigt, oder sind wir dem agrarisch-bürgerlichen Ideal der „freien Wirtschaft“ schon so nahe gekommen, daß es nur noch als die Privatangelegenheit jedes Einzelnen betrachtet wird, ob er zu essen hat oder nicht? Dann würde es sich bald herausstellen, daß ein moderner Industriestaat mit seinen großstädtischen Bevölkerungsmassen auf der Basis einer solchen Theorie nicht zu existieren imstande ist!

Der Berliner Magistrat hat beschlossen, sich zum Reichskanzler zu begeben, ihn auf die Notlage der Bevölkerung aufmerksam zu machen und ihn um Abhilfe zu eruchen. Als Antwort erwarten wir keine billigen Redensarten, sondern die Ankündigung von wirksamen Maßnahmen zur raschen Besserung einer Lage, die mit jedem Tage unhaltbarer wird.

### Der Appell an die Reichsregierung.

Entsprechend den Beschlüssen der gestrigen Stadtratsversammlung und den Beratungen des Magistrats, der schon seit mehreren Tagen sich mit der katastrophalen wirtschaftlichen Lage und ihrer Auswirkung für die Berliner Bevölkerung beschäftigt hat, sind heute vormittag im Magistrat die nötigen Vorbereitungen getroffen worden, um bei den zuständigen Reichsbehörden in letzter Stunde nachstellig zu werden. Da Oberbürgermeister Böß sich in Urlaub befindet, wird Bürgermeister Ritter die Führung der allerting noch zu wählenden Kommission, die sich voraussichtlich nicht nur aus Magistratsmitgliedern, sondern auch aus führenden Persönlichkeiten der einzelnen Fraktionen zusammensetzen wird, übernehmen. Bevor die Abordnung den Reichskanzler aufsucht, soll noch eine Aussprache mit dem Reichsernährungsminister stattfinden, in der besonders auf die Notwendigkeit einer gesicherten Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Brot und Fleisch hingewiesen werden dürfte. Ob die Kommission heute noch mit ähnlichen in Frage kommenden Stellen zu verhandeln in der Lage sein wird, steht dahin, doch dürfte unter allen Umständen eine Aussprache mit dem Reichskanzler erfolgen.

### Die Forderungen des Kleinhandels.

Im Großen Saale des Lehrervereinshauses fand Donnerstagabend eine stark besuchte Versammlung des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser statt, die sich mit der durch die Devisenknappheit und Warenknappheit entstandenen Notlage beschäftigte. Direktor Bach führte aus: Wir befinden uns in einem schweren Verzweiflungskampf, der durch den Friedensvertrag hervorgerufen, durch die Ruhrbesetzung verschärft und durch die Maßnahmen der Regierung nicht gemildert wurde. Wie bei Kriegsbeginn sind wir nicht auf die schweren Lasten vorbereitet gewesen, die der Ruhrkampf bringen mußte. Unser Wirtschaftsleben gleicht heute einem brodelnden Hergeseßel, in den jeder hineingezogen wird, der nicht wurzeltfest und widerstandsfähig genug ist.

Der Kleinhandel ist heute zermürbt.

Die finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung haben den Einzelhandel zu Paria gemacht und ihn von allen Erleichterungen ausgeschlossen, die anderen Berufsgruppen gewährt wurden. Es ist ihm heute unmöglich, die Läger auffüllen zu können. Die Preisrenten stellen den Papiermarkpreis nur insoweit nach dem

Devisenkurs fest, als sie tatsächlich Devisen zugeteilt erhalten. Infolgedessen erfährt der Kaufmann den Preis der gekauften Ware viel später als er die Ware hat, und die Ware kann inzwischen nicht verkauft werden. Auf der anderen Seite droht der Staatsanwalt wegen der Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs, heute, nachdem der Kurs dauernd in die Höhe geht, sind die Einkaufskurse für Devisen nicht mehr zu halten. Selbst wenn die Arbeitslosigkeit, die für diesen Fall angekündigt wird, doch kommen sollte, sei das eine geringere Gefahr, denn die Not der Arbeitslosen könne durch Erwerbslosenunterstützung wenigstens zum Teil behoben werden. Wenn aber die Versorgung mit Nahrungsmitteln unmöglich ist, so steht

### das Wespenstich des Hungers

vor der Tür, hervorgerufen durch die falsche Devisenpolitik und die von ihr herbeigeführte Preispolitik. Viel Zeit zur Abhilfe bleibt nicht mehr, wenn die Regierung nicht eingreift, so bleibt nichts anderes übrig, als sich selbst zu helfen. (Zuruf: Schließen.) Wir verlangen unbedingt vollkommene Befreiung der Buchergeschäftsbetriebe. Die Buchergeschäfte sollten dorthin, wo eine tatsächliche Ausnutzung der Notlage anderer vorliegt. (Zuruf: Landwirtschaft.) Wir müssen unter allen Umständen

### das Papier als Wertmesser befestigen

und eine Goldgrundlage haben. Es müsse erlaubt werden, die Preise ebenso wie beim übrigen Handel und der Industrie in Auslands-Währung festzusetzen, mit der Maßnahme, daß in Papiermark gezahlt wird. Die Betriebe dürfen wir nicht von heute auf morgen schließen, sondern wir müssen den gesicherten Weg der Kündigung beschreiten, um die Arbeitszeit auf die Hälfte zu strecken.

Die Ausführungen wurden im allgemeinen beifällig durch eine Rede des Direktors Köhler von der E. D. R. Er verwies auf eine Reihe von Fällen, aus denen hervorgeht, daß infolge der Devisenzuteilung beim Einkauf von Lebensmitteln keine Devisen beschafft werden konnten. In einem Falle lagerte das Reich bereits bei den Händlern, ohne daß sie wußten, was es kostete. Es wird berichtet, die Läger seien leer. Sie haben keine ausländischen Zahlungsmittel und nicht genügend Betriebskapital in Papiermark, um Ware zu kaufen.

Die Diskussion brachte weitere Proteste, insbesondere gegen die Buchererordnung. Zwischen durch schilderte Kommunist Samius, der sich als Vertreter der Verbraucher aussprach, die Notlage der Kleingewerbetreibenden, und verlangte, daß die Kaufleute die Verbraucher in Versammlungen und Aufrufen über ihre Notlage aufklären sollten. Die Kaufleute sollten den Explosivstoff, der sich in den Massen angesammelt habe und der sich jetzt gegen sie wende, mit gegen die Großkapitalisten lenken.

In wüster Demagogie gegen die Regierung ergreift sich der Wirtschaftsparteiler Holzammer, der für alles die Buchergeschäfte verantwortlich machte; er behauptete, daß die Regierung den Mittelstand absichtlich zugrunde richte und daß sie sogar jetzt ein Schandgesetz zur Proletarisierung des Mittelstandes schaffe. Er drohte mit dem Steuerstreik und der Schließung der Geschäfte.

Mit besonderem Nachdruck lehnte sich Köhler vom Textil-einzelhandel dafür ein, daß die Kaufleute

### nur noch zum Tagespreis verkaufen

sollten. Er verlangte entschieden, daß die Regierung wieder einen einheitlichen Rechnungsfaktor in Gold schaffen solle, um die Kalkulation des Handels zu ermöglichen.

Eine Resolution, welche sich mit großer Schärfe gegen die Zwangswahnahmen der Devisenpolitik wendet, ferner gegen die einseitige Interessenpolitik der Kartelle und Konventionen und gegen die Buchergeschäftsbetriebe wurde einstimmig angenommen. Die Resolution fordert außerdem, daß dem Kleinhandel gestattet sein soll, seine Preise in fremder Währung aufzustellen, aber in Papiermark zahlen zu lassen, und droht mit der Kündigung der Angestellten zwecks Einführung der halben Arbeitszeit, wenn nicht noch in kurzer Stunde ein anderer Weg zur Erhaltung des Betriebskapitals des Kleinhandels gefunden werde. Es wird schließlich die Einführung von Goldkonten und eine Golddeckung als Voraussetzung für den Neuaufbau der Wirtschaft gefordert.

Zeitungsverbote. Die Wochenchrift „Heimatland“ ist wegen eines Artikels „Republikanische Rivalfourage“ bis einschließlich 5. August verboten worden. Der Artikel behandelte den vielbesprochenen Zusammenstoß mit der Polizei gelegentlich des deutschen Turnfestes.

### Dollar 600 000 bis 900 000.

Die deutsche Mark unterliegt an den Auslandsbörsen heftigen Schwankungen. Die heute mittag aus dem Auslande vorliegenden Markkurse differieren, am Dollar gemessen, zwischen 600 000 und 900 000. Besonders stark ist der Druck auf die Mark in London, wo die Franzosen große Bestände geraubten deutschen Papiergeldes auf den Markt werfen. Infolge dieser widersprechenden Kursmeldungen sah sich heute die Reichsbank nicht imstande, ohne weiteres neue Notierungen vorzunehmen. Man notierte im amtlichen Verkehr die gleichen Kurse wie gestern. Auch die Reparationen hielten sich im gestrigen Rahmen. Die Effektbörsen zeigen im Hinblick auf die weitere Verschärfung der Geldknappheit und die innerpolitische Spannung allgemeine Zurückhaltung.

## Wohltat oder Recht?

### Beamte und Arbeiter in der Krankenversicherung

Von Gustav Hoch-Honau.

Notstandsbeihilfen für Beamte in Krankheitsfällen sind mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar dieses Jahres ab durch einen Erlaß der Reichsregierung und im Anschluß daran durch einen solchen der preussischen Regierung verfügt worden. In der Reichsversicherung sind — mit Ausnahme der Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden — im allgemeinen die versichert, die gegen Lohn oder Gehalt im Dienste anderer beschäftigt sind. Da viele Beamte in ebenso schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen sind, wie die Arbeiter und Angestellten, so war schon seit jeher der Ausschluß der Beamten von der Reichsversicherung eine schwere Schädigung der unteren und mittleren Beamten. Die Sozialdemokraten haben dem auch immer wieder gefordert, daß die Krankenversicherung in angemessener Weise auf die Beamten ausgedehnt werde.

Bei den letzten Änderungen der Bestimmungen über die Krankenversicherung haben unsere Genossen im Reichstage einen derartigen Antrag wiederholt eingebracht; er wurde aber nicht angenommen, weil sich die bürgerlichen Parteien dem Vorschlage der Regierung angeschlossen, für die Beamten eine besondere Krankenfürsorge außerhalb der Reichsversicherung durchzuführen. Die jetzt vorliegenden Erlasse über die Notstandsbeihilfen zeigen aber, daß die Regierungen diese Gelegenheit benutzten haben, um — zunächst für die Beamten — bedeutende Verschlechterungen gegenüber der Reichsversicherung festzulegen, gegen die wir uns in der Reichsversicherung bisher mit einem gewissen Erfolg gewehrt haben. Sind sie aber erst bei den Beamten eingebürgert, dann wird es sehr bald heißen: was für die Beamten recht ist, muß für die Arbeiter und Angestellten billig sein. Daher haben auch die Arbeiter und Angestellten allen Grund, schon jetzt gegen diese Verschlechterungen Einspruch zu erheben.

Die Notstandsbeihilfen sollen — wie es ausdrücklich in den Erlässen heißt — auf keinem Rechtsanspruch der Beamten beruhen; sie hängen vielmehr von dem pflichtgemäßen Ermessen der Vorgesetzten ab, sind also ein gnädiges Geschenk. Dadurch sollen die Notstandsbeihilfen auf die Beamten beschränkt werden, die die Krankheitskosten nicht aus ihrem eigenen Vermögen und Einkommen und auch nicht gut mit Hilfe ihrer Angehörigen bestreiten können: eine Begrenzung, die bisher nur bei der Armenunterstützung üblich und berücksichtigt war.

Als die Reichsversicherung eingeführt wurde, legte die Gesetzgebung einen Teil der Kosten den Arbeitern und Angestellten auf; das wurde damit begründet, daß ihnen dafür von jezt ab ein Rechtsanspruch auf die Leistungen der Krankenversicherung zusteht und sie von der schmäblichen und unermesslich zu Ungerechtigkeiten führenden Auswahl der „Bedürftigen“ befreit werden. Jetzt wird den Arbeitern und Angestellten mehr und mehr zugemutet, zu dem früheren, schon damals unhaltbar gewordenen Zustand zurückzukehren und für die Leistungen der Reichsversicherung wieder die Beschränkung auf die „Bedürftigen“ einzuführen. Das ist bisher im wesentlichen nur bei einem Teile derjenigen Zulagen zu den Renten geschehen, die durch Entwertung der Papiermark notwendig geworden sind. Aber auch bei den eigentlichen Unfallrenten taucht diese Forderung immer wieder auf. Für die Regelleistungen der Krankenversicherung hat sie aber noch niemand zu stellen gewagt: — um so auffällender ist es, daß damit die Regierungen ausgerechnet bei den Beamten vorangegangen sind.

Ein Unterschied besteht freilich zwischen der Krankenversicherung und den Notstandsbeihilfen an Beamte, der als Rechtfertigung der Beschränkung auf „Bedürftige“ angeführt wird. Zu den Notstandsbeihilfen zahlen die Beamten keine Beiträge; die Kosten werden ganz vom Reich und den Ländern bezahlt — wie das Gehalt der Beamten. Aber auf das Gehalt hat ja der Beamte selbstverständlich einen Rechtsanspruch, weil er es durch seine Arbeit für das Reich oder das Land verdient hat. Genau so verhält es sich mit den Notstandsbeihilfen, die die Beamten ebenfalls nur auf Grund ihres Dienstverhältnisses beziehen. Gehört doch die Deckung der Krankheitskosten genau so zum Lebensunterhalt wie die anderen notwendigen Ausgaben, für die die Beamten ihr Gehalt bekommen. Und ebenso selbstverständlich wie vom Gehalt weber das Einkommen des Beamten aus Privatvermögen noch das Einkommen oder Vermögen seiner Angehörigen abgezogen werden, muß das auch bei der Krankenfürsorge ausgeschlossen sein.

Wie aber, wenn der Beamte ein so hohes Gehalt hat, daß er daraus auch die Krankheitskosten bestreiten kann und muß? Diese Frage ist bei den Angestellten bereits beantwortet. Hier besteht die Krankenversicherungspflicht nur für die Angestellten bis zu einem bestimmten Einkommen. Danach ließe es sich rechtfertigen, wenn der Rechtsanspruch auf die Sonderleistungen bei Krankheiten nur den Beamten mit einem über den unbedingt notwendigen Beitrag nicht hinausgehenden Gehalt zugestanden, die höchsten Beamten davon ausgeschlossen wären. Das wäre ein klares Rechtsverhältnis, die Sonderleistungen wären kein Almosen, sondern ein durch die Dienstleistung verdientes Entgelt.

Die Sonderleistungen sollen nicht die gesamten Krankheitskosten erlegen, sondern, je nach der wirtschaftlichen Lage des „bedürftigen“ Beamten, nur einen Teilbeitrag, der



Sich aus folgender Rechnung ergibt: Zunächst ist von den Kosten in allen Fällen ein Zehntel des Monatsdiensteinkommens abzuziehen. Von dem, was dann noch bleibt, kann bis zu 60 Proz. als Kostensubvention gewährt werden. Danach muß selbst der „bedürftigste“ Beamte in allen Krankheitsfällen einen großen Teil der Kosten, fast die Hälfte, aus eigener Tasche bezahlen; oft genug wird der Beamte sogar mehr als die Hälfte tragen müssen.

Einen ähnlichen, freilich lange nicht so weit gehenden Vorschlag haben die Verbände der Krankenkassenleitungen in bezug auf die Krankenversicherung gemacht. Aber der Vorschlag sollte nur als eine ganz vorübergehende Notwehr in solchen Fällen in Betracht kommen, wenn etwa eine Kasse die über alles Maß gesteigerten Ausgaben an die Ärzte und Apotheker nicht tragen kann. Trotzdem haben alle Parteien im Einverständnis mit den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums den Vorschlag zurückgewiesen, weil dadurch, je schlechter der Versicherer gestellt ist, er um so weniger seinen Teil an den Kosten auf sich nehmen kann und auf die Hilfe des Arztes oder die Beschaffung von Heilmitteln verzichten muß, selbst wenn er sich und seine Familie dadurch schwer schädigt. Jetzt aber haben die Regierungen diese schwere Schädigung, die soeben der Reichstag in bezug auf die Arbeiter und Angestellten zurückgewiesen hat, den Beamten gegenüber durchgeführt.

Wohlt ein solches Vorgehen der Regierungen noch in die heutige Zeit? Wie muß es auf die Beamten wirken, die sich als vollberechtigte Staatsbürger fühlen und so behandelt sein, nicht aber von dem „Wohltun“ ihrer Vorgesetzten abhängen wollen? Sollen es ferner die Arbeiter und Angestellten sein, die gegen sie im Reichstage nicht durchgegangen sind, durch eine einseitige Verordnung der Regierungen zunächst gegen die Beamten festgelegt werden? Daher dürfen wir uns mit jenen Erlassen nicht zufrieden geben, vielmehr müssen wir darauf bestehen, daß sowohl für die Beamten als auch für die Arbeiter und Angestellten die Krankenfürsorge in einer, unserer Zeit angemessenen Weise geregelt wird.

### Der „Antifaschistentag“.

#### Verzicht der KPD. auf Demonstrationen im Freien.

Die Zentrale der KPD. veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie ihre Anhänger auffordert, überall dort, wo Demonstrationen unter freiem Himmel verboten sind, Versammlungen in geschlossenen Räumen abzuhalten. Wird diese Parole befolgt und werden von der anderen Seite Provokationen vermieden, so darf man hoffen, daß der kommende Sonntag unblutig verlaufen wird.

Der Entschluß der Zentrale wird mit folgenden Erwägungen begründet:

Die Kommunistische Partei hat nicht nötig, zu beweisen, daß sie kämpfen kann, dann, wenn der Kampf unvermeidlich geworden ist. Aber sie ist zu stark, als daß sie sich in einen Kampf hineinziehen lassen möchte, der heute eine Niederlage, ein Zurückweichen der Arbeiterklasse bedeuten würde.

Die Kommunistische Partei gibt ihren Feinden keine Gelegenheit, unter der Arbeiterschaft ein Blutbad anzurichten. Sie läßt sich nicht Kampfsziele aufzwingen, für die die Zeit jetzt erst heranreift.

Die Zentrale macht sehr viel bombastische Redensarten, um ihren Anhängern wieder ein wenig Verständnis für die realen Machtverhältnisse beizubringen. Die Arbeit wäre weniger schwer, wenn sie nicht bisher alles getan hätte, um dieses Verständnis von ihnen fernzuhalten. Darum ist sie auch genötigt, ermutigend zu erklären:

Das Ausweichen vor dem entscheidenden Machtkampf mit der bewaffneten Staatsgewalt und den bewaffneten Faschisten in dem Zeitpunkt, wo wir noch nicht alle Vorbereitungen zum Siege in diesem Kampf getroffen haben, ist nur die Vorbedingung zum baldigen siegreichen Kampf.

Wenn Sozialdemokraten die Lehre verkünden, daß man sich nicht in Machtkämpfe einlassen soll, zu deren erfolgreichem

Austrag die Macht fehlt, so heißt das im kommunistischen Sprachgebrauch „Reisetreten“, „Bremßen“ und „Arbeiterverrat“. Die KPD-Führer können darum ihren Rückzug auf eine alte sozialdemokratische Erkenntnis nicht anders vollziehen als unter wüstem Geschimpf auf — die Sozialdemokratie. Aber das kann uns gleichgültig sein, wenn nur am Sonntag jede gewissenlose Gefährdung von Menschenleben und die daraus drohende Schädigung der Arbeiterbewegung vermieden wird. Nicht was die Kommunisten reden, ist heute das Entscheidende, sondern das, was sie tun. Auch die Behörden sollten sich sagen, daß es auf ein paar große Töne mehr oder weniger nicht ankommt, sondern auf das tatsächliche Verhalten, das auf beiden Seiten von der Vernunft und dem Wunsch Zusammenstöße zu vermeiden, geleitet sein muß.

Wie wenig die Redensarten der Kommunisten ernst zu nehmen sind, lehrt ein Blick auf die „Rote Fahne“. Da steht man im vorerwähnten Aufruf:

So steht gegen die Arbeiterklasse eine Front von Bels bis Walle, von Lubendorf bis Severing.

#### Und im Leitartikel:

Das Verbot der Demonstration am Antifaschistentag zeigt der breitesten Öffentlichkeit, daß man männiglich die Hosen voll hat. (Wer ist „man“? Der Verfasser heißt Brandler. Red. d. B.) Vor dem Massenaufruf, der friedlich die Kraft und den Willen der Massen zeigen soll, sich nicht weiter niederknurren zu lassen, haben die Politikanten von Walle bis Breitscheid eine Höllenangst.

Daß die Kommunisten in dieser bittersten Zeit noch Lust zu solchen Späßen haben, das zeigt doch nur die Kindlichkeit ihres Gemüts!

### Die Begünstiger Ehrhardts.

#### Zehn neue Verhaftungen.

Leipzig, 27. Juli. (TU.) Wegen Verdachts, die Flucht Ehrhardts begünstigt zu haben, sind in den letzten Tagen 10 Verhaftungen von der Kriminalpolizei vorgenommen worden. Die Verhaftungen leitete Reichsgerichtsrat Neumann als Ankläger. Dr. Richter fungiert als Untersuchungsrichter.

#### Eine Hochburg der Ehrhardt-Bewegung.

Zu der im Zusammenhang mit der Flucht Ehrhardts erfolgten Verhaftung des Freiherrn v. d. Busche und seiner Gattin erfährt die Korrespondenz B. S. von unrichtiger Seite noch folgende interessante Einzelheiten:

Nach den bisherigen Feststellungen scheint der politischen Polizei mit dieser Aktion in Gernrode ein besonders großer Schlag gegen die Geheimbündler gelungen zu sein. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann hat man es in der Villa des Freiherrn v. d. Busche mit einer Hochburg der Ehrhardt-Bewegung in Mitteldeutschland zu tun. Unter Führung eines bekannten Spezialisten der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidenten sind seit dem gestrigen Mittwochs eine Reihe von Kriminalbeamten damit beschäftigt, die seit der Verhaftung des Ehepaars polizeilich geschlossenen Wohnräume auf das gründlichste zu durchsuchen, da man noch mit weiteren interessanten Funden rechnet, die Aufschlüsse über die Tätigkeit der Anhänger Ehrhardts geben können. Freiherr v. d. Busche hat in dem einen Jahr, das er jetzt in der von ihm gemieteten Villa des Rentiers Deidemann in Gernrode zugebracht hat, in der dortigen Bürgerschaft keinerlei Verkehr gepflegt und sich von allen geistlichen Veranstaltungen der kleinen Stadt ziemlich zurückgehalten. Dafür hat er aber außerordentlich oft Besuch von auswärts empfangen, öfters mehrere Herzen zugleich, die mitunter mehrere Tage in der Villa weilten, ohne sich auf der Polizei anzumelden. Man nimmt an, daß es sich bei diesen Besuchen um verabschiedete Zusammenkünfte der Ehrhardt-Anhänger gehandelt hat. Ueber die weiteren Ermittlungen in Gernrode wird im Interesse der Untersuchung Stillschweigen bewahrt.

Zu der im Fall Ehrhardt in Berlin erfolgten neuen Verhaftung, bei der es sich um eine Frau handelt, erfahren wir, daß die Verhaftete inzwischen nach Leipzig übergeführt worden ist.

### Ein hinterpommersches Kabelstädtchen.

Bekanntlich ist der äußerste Osten der Provinz Pommern seit 1919 Grenzland gegen Polen geworden und zugleich bildet die Gegend von Loba und Lauenburg jetzt den äußersten Nordosten des zusammenhängenden deutschen Gebietes. Nicht weit von hier liegt auch das polnisch gebildete Pommerellen, der sog. polnische Korridor. In diesem Stück Pommerns, von dem hier die Rede ist, fließt in mächtigem Bogen der Küstenfluß Loba der Ostsee zu. Auch er ist in seinem Oberlauf polnisch geworden. Nachdem er unterhalb der alten Deutschordensstadt Lauenburg das weite, während des Krieges von den gefangenen Russen teilweise kultivierte Loba-moor durchflossen hat, ergießt er seine moorig-schwarzen Fluten in den Labesee, eine der vielen, in der Ferne so gut wie unbekanntem Hafengebieten hinter den gewaltigen Sanddünen der hinterpommerschen Küste. Doch wo die Loba diesen mächtigen Binnensee verläßt, der durch großartige Wanderdünen von der offenen See getrennt ist, liegt am Ausfluß des Sees das Städtchen Loba, Pommerns östlichster Badeort.

Es war im Hochsommer 1920, als der Kabeldampfer „Randuff Hansen“ den Hafen von Loba verließ, um, begleitet von einem Torpedoboot, den südlichen Abschnitt des ersten Ostpreußenkabels zu verlegen, das bei Loba beginnt und bei dem Fischerdorf Lenkitten der Samlandküste endet und Ostpreußen unter Ausschluß des polnischen Korridors mit dem Mutterlande verbindet. Inzwischen ist (1922) zwischen denselben Orten das zweite Ostpreußenkabel verlegt worden, mit seiner 172,3-Kilometer-Länge ein wenig länger als das erste. Durch beide geht ununterbrochen eine Flut von Telegrammen und Drahtgesprächen hin und her, so daß das kleine Fischerstädtchen Loba, das nur etwa 2000 Einwohner zählt, heute an einer verkehrstechnisch und politisch hochwichtigen Etappe liegt. 1870 gründete der deutsche Ritterorden 4 Kilometer nördlich von Loba den Ort Labemünde, der 1870 durch eine Sturmflut zerstört wurde. Aber schon zwei Jahre später legten die Labemünder das heutige Städtchen Loba an, das lange Jahrhunderte hindurch nur Ostsee- und Binnenfischerei betrieb, sah aber vor dem Kriege ebenso wie Stolpmünde zu einem Seebad emporwachsen.

Dicht bei Loba schaukeln die Schiffswälder des 20 Kilometer langen und bis zu 8 Kilometer breiten Labesees, der von oberlaufend wilden Enten und Lauchern bevölkert ist und dessen Fluten von den Segelbooten der Labefischer durchkreuzt werden. Eine schmale Rehring scheidet das Binnenwasser von der Ostsee, und diese Rehring ist eine einzige Kette gewaltiger Wanderdünen, die an wilder Einsamkeit denen der Antikischen Rehring nichts nachgeben. Von ihrer Höhe grüßt der berühmte Scholpiner Leuchtturm weit in die See hinaus, während östlich von Loba der Stillower Leuchtturm die Däneneinsamkeit unterbricht. Loba und die Fischerdörfer dieser Ge-

gend liegen hinter den bis zu 60 Metern ansteigenden Wanderdünen. Die ebenso wie die Haffgewässer hinter den Dünen, wie das an Masuren erinnernde herrlich bewaldete obere Labeseegebiet und die wasserumgebenen Berge an den Binnenseen reich an eigenartiger landschaftlicher Schönheit sind. Wer jemals auf dem Scholpiner Leuchtturm oder auf dem sagenumwobenen Reffel am Gardener See war, wird diese Ausblicke nie vergessen.

Heinrich Wölfflin, der Münchener Kunstgelehrte, wird von seinem Lehramt zurücktreten. Damit verliert die deutsche Gelehrtenschaft denjenigen, der unter ihren Kunsthistorikern über allem Zweifel heute der künstlerischste Kopf ist. In Basel als Nachfolger Jakob Burckhardts, dann in Berlin auf dem Lehrstuhl Hermann Grimms, endlich in München seit 1912 hat Wölfflin nicht nur in seiner Wissenschaft Schulbildend gewirkt. Mit seinen Schriften und nicht weniger mit seiner einprägnanten Rede hat er weitere Kreise in künstlerischen Fragen führend beeinflusst können. Reineswegs im Sinne einer einseitigen Kunstanschauung, wie er denn zwar in Rom an Kreise der deutsch-römischen Künstler entscheidende Anregung empfangen hatte, und seinerzeit der berühmte Sprecher der unvergessenen Berliner „Races“-Ausstellung gewesen war, aber für alles Lebendige und Schöpferische ein feines Organ besitzt.

Sein jahres Ausschcheiden aus dem Dienst der Universität begründet Wölfflin mit dem Wunsch, sich ganz literarischem Schaffen in der Schweiz, der Heimat seiner Familie, zu widmen. Wölfflins literarisches Werk, so bedeutsam es ist, hat noch keinen großen Umfang, und die wichtigsten Pläne, zumal allgemein ästhetischer Art, hat er seit Jahren zurückstellen müssen. So dürften wir nun wenigstens auf deren Vervollendung hoffen.

Was in Amerika alles gesunkt wird. Eingehende Angaben über die Verbreitung des drahtlosen Verkehrs in Amerika macht Dr. Albert Neuberger in einem Aufsatz von „Reclams Universalium“. In der Neuen Welt vergnügt man sich bereits überall damit, denn jeder hat das Recht, sich einen drahtlosen Apparat anzulegen, wenn er nur innerhalb der freigegebenen Wellenlängen bleibt. Gesellschaften, die sich täglich vermehren, sorgen dafür, daß die verschiedenen Arten der Unterhaltung in die Welt gesunkt werden, und es sind in den letzten Monaten nicht weniger als 600 solcher Stationen freigegeben worden. Die Leistungsfähigkeit dieser Stationen schwankt innerhalb weiser Grenzen. Manche können sich nur auf engem Umkreis verständlich machen, während die Maschinen anderer so Bedeutendes leisten, daß die von ihnen verbreiteten Kunstausfälle sogar an der Westküste Europas aufgefungen werden können. So ist die Luft Amerikas ständig von einem Meer elektrischer Wellen erfüllt, deren Existenz man erst bemerkt, wenn man den kleinen Tragkörper oder an der Wand hängenden Empfangsapparat auf die Wellenlänge einer bestimmten Gesellschaft einstellt und die Hörer an die Ohren legt. Es gibt Gesellschaften, die von früh um 10 Uhr morgens bis zum nächsten Morgen um 6 Uhr ununterbrochen Tanzmusik in die Welt hinausfunken, damit man zu jeder Tageszeit die nötige Begleitung für Schminke und Fortritt hat. Andere Gesellschaften

### Rheinau bei Mannheim besetzt.

Mannheim, 27. Juli. (WZ.) Heute früh 6 Uhr erschienen ein französischer Offizier und 20 Mann auf der Polizeiwache von Rheinau und erklärten, daß Rheinau besetzt sei. Die dort Anwesenden würden sofort von den Franzosen vertrieben. Bisher war die Besetzung des Mannheimer Vororts Rheinau noch nicht effektiv, nur ein Teil des Rheinauer Hafens war besetzt. Jetzt ist auch der Ort selbst in die Besetzung einbezogen worden.

Mannheim, 27. Juli. (WZ.) Die heute morgen erfolgte Ausbeziehung der Besetzung auf den Mannheimer Vorort Rheinau ist aller Wahrscheinlichkeit nach darauf zurückzuführen, daß in der letzten Zeit die deutschen Polizeibeamten in Rheinau deutsche Arbeiter, die im besetzten Rheinauer Hafengebiet in die Dienste der Franzosen getreten waren, bei ihrer Rückkehr ins unbesetzte Gebiet verhaftet haben. Diese Ansicht wird dadurch bestätigt, daß die Franzosen die Polizeiwache in Rheinau besetzten und die deutschen Beamten vertrieben haben. Die bisher in Rheinau stationierte deutsche Polizei ist nach dem Vorort Redarau übergesiedelt. Eine Störung des Eisenbahnverkehrs Mannheim-Karlsruhe durch die Franzosen ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Ludwigshafen, 27. Juli. (WZ.) Die vier Chemiker- und Ingenieure der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die seit der Besetzung des Oppauer Werkes dort festgehalten wurden, sind aus der Haft entlassen worden. Dagegen befinden sich die drei stellvertretenden Direktoren Dr. Kraus, Dr. Rehner und Dr. Schaff noch immer in Haft. Gegen sie ist bekanntlich ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet worden, weil sie sich weigerten, den Franzosen beim Abtransport der Farbensubstanzen behilflich zu sein.

### Die sächsische Regierung wehrt sich.

#### Ein Schreiben an die Reichsregierung.

Dresden, 27. Juli. (TU.) Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Die sächsische Regierung hat unter dem 25. Juli an die Reichsregierung folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Reichsregierung hat am 18. d. M. durch die Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der sie zu den Möglichkeiten eines Bürgerkrieges Stellung nimmt. Am Schluß dieser Erklärung heißt es, daß die Reichsregierung bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen ist bekannt. Sie würde es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtgemäßer ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen. Diese Erklärung hat hier außerordentlich überrascht. Die Öffentlichkeit muß sich angesichts der sonderbaren Formulierung fragen: Warum legt die Reichsregierung so besonderen Wert auf die Feststellung, daß sie bemüht sei, mit Sachsen und Thüringen ein Einvernehmen zu pflegen und daß sie es in dieser Beziehung nicht an ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen werde? Soll damit gesagt sein, daß die sächsische und thüringische Regierung einer besonderen Obergewalt bedürfte? Soll in dieser Beziehung behauptet werden, in Sachsen hätten die inneren Verhältnisse derartige Formen angenommen, daß von Sachsen aus ein Bürgerkrieg drohe? Die Reichsregierung hat in verschiedenen Rundschreiben mit Recht darauf hingewiesen, daß es Sache der Länder sei, für die Ordnung im Innern zu sorgen.“

Wenn die Reichsregierung in ihrer Erklärung vom 18. Juli sagt, sie werde es in Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse nicht an pflichtgemäßer ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen, so kann dies bedeuten, daß nach Auffassung der Reichsregierung die sächsische und thüringische Regierung in dieser Beziehung nicht die pflichtgemäße ernste Aufmerksamkeit angewandt hätten und daß gerade von Sachsen und Thüringen aus die Gefahr eines Bürgerkrieges drohe. Die sächsische Regierung darf die Reichsregierung um eine Erklärung darüber bitten, ob dies der Sinn ihrer Erklärung ist, gegebenenfalls, was sonst der Sinn ihres Teils ihrer Erklärung ist und was sie zu einer derartigen Stellungnahme gegen die sächsische Regierung veranlaßt hat. Für den Fall, daß die Reichsregierung behaupten will, von Sachsen drohe die Gefahr eines Bürgerkrieges, darf die sächsische Regierung um Mitteilung der Tatsachen bitten, auf die die Reichsregierung eine solche Annahme stützt.“

nehmen der amerikanischen Hausfrau ihre Sorgen ab, teilen ihr schon in aller Herrgottsfrühe, wenn sie im Bett die Hörer an die Ohren nimmt, mit, wie die heutigen Preise für Nahrungsmittel sind. Den Kindern werden zu bestimmter Zeit, besonders beim Schlafengehen, Märchen erzählt. An den Straßenecken erscheinen während der Remen und anderer Sportkämpfe Kraftwagen, aus deren Bedeckung des Schallrichters des Lautsprechers die Ergebnisse ertönen. Natürlich suchen die Gesellschaften sich auch in der Darbietung künstlerischer und wissenschaftlicher Programme zu übertreffen. Die besten Künstler und hervorragenden Gelehrten werden zu diesem Zweck verpflichtet. Sogar die technischen Hochschulen sind schon dazu übergegangen, ihre Vorträge drahtlos zu verbreiten. Neben dem Katheder steht ein Aufnahmeapparat in Gestalt eines einfachen Schallrichters, so daß der, der verhindert ist, im Kolleg zu erscheinen, doch wenigstens als Hörer an dem Unterricht teilnehmen kann. Der einsame Farmer, der sonst stundenweit reiten muß, um die Sonntagspredigt zu hören, kann diese zu Hause genießen, er erhält täglich auch eine Wettervorhersage und Mitteilungen über Ereignisse. In New York befinden sich bereits 160000 drahtlose Empfangsapparate in den Händen des Publikums, so daß jeder dritte Einwohner der Riesengroßstadt an dieses gewaltige Übermittlungsnetz angeschlossen ist.

„Die Rettungsmedaille“. Man schreibt uns: Es war schon vor dem Kriegbeginn. Jeden Morgen begegnete ich einem Schüler von etwa 17 bis 18 Jahren, dessen Kopf ein Gardehörn mit einem schwarzweißen Feldierte. Bibbigelig, wie ich nun einmal bin, fragte ich den „jungen Herrn“, was das für ein Orden sei. „Eine Rettungsmedaille“ war die Antwort. — — — „Ja, unter diesem Zeichen werden wir siegen!“ Ein erhobenes Hauptes setzte er seinen Weg in die Schule fort.

Ob es dem Herrn Schuldirektor auch bekannt ist, wie von seinen Schülern dieser Schmutz getragen wird? Und was sagt der republikanische Minister Herr Boelch dazu?

Auf der Großen Berliner Kunstausstellung am Zebitzer Bahnhof sind in den Sälen der Rosenbergsgruppe neue Bilder, Architekturzeichnungen und farbige Modelle der holländischen Künstler Paul Randrian, van Ruisden, Agnoet und Duitler ausgestellt.

Die nächste Führung in der Abhaltung antiker Kunstwerke der Universität (Eingang Dorotheenstraße, geöffnet Sonntag 10—1, Montag 10<sup>1</sup>—1<sup>1</sup>, Donnerstag 4—7) findet am Donnerstag, den 2. August, 5 Uhr, statt. Sonntag, den 29. Juli, bleibt die Sammlung geschlossen.

Die III. Studie des Wollfener Künstlertheaters gastiert vom 2. August an — vorläufig auf 10 Abende — im Festung-Theater. Als erste Vorstellung geht „Prinzessin Turandot“ in Szene. Der Vorverkauf beginnt in allen Theaterkassen, auch im Festung-Theater, am 26. Juli.

Der Verfasser des „Deutschen Zeitens“, der in Haldorf lebend, aus Hamburg seitliche Schriftstellerin Willy Schiller, bezieht am 28. Juli seinen 50. Geburtstag. Schiller ist mit einer Reihe publizistischer und ethischer Schriften an die Öffentlichkeit getreten. Sein bekanntestes Werk ist sein 1919 erschienen „Deutsches Zeitens“.



## Baldwin gegen die Ruhrbefetzung.

London, 27. Juli. (W.B.) Premierminister Baldwin ging gestern abend in einer Rede in Glasgow auf die Abhängigkeit Englands von seinem industriellen System ein und sagte, die Hoffnung, die man sich bei Beendigung des Krieges gemacht habe, hätte sich nicht erfüllt. Der erste Schritt, der gemacht werden müsse, um die

Desorganisation der ausländischen Märkte zu bekämpfen, sei die Regelung der Reparationsfrage mit den Deutschen. (Beifall.)

eine Befetzung in der Art, wie sie gegenwärtig im Ruhrgebiet in Kraft sei, habe dieselbe Wirkung auf den internationalen Handel, wie wenn man die Klänge seines Taschenumessers in ein Uhrwerk hineinfeste.

Der internationale Handel sei ein höchst feiner Mechanismus. Die Menschen lernten jetzt für einen tiefen Preis die Grundregeln des Wirtschaftens und Wirtschaftens kennen. Infolge des Standes der Wechselkurse sei es immer schwieriger, finanzielle Abmachungen mit dem Ausland zu treffen und den internationalen Handel in Gang zu halten. Großbritannien habe bisher von der Vernichtung in Europa nicht gelitten, es fange aber an, jetzt darunter zu leiden. Wenn die gegenwärtige Lage nicht geändert werde, so werde bald die Zeit kommen, wo Mitteleuropa für die Einfuhrgüter keine Zahlung mehr leisten könne. Das Ergebnis würde ein immer weiter

fortschreitender Zusammenbruch des internationalen Handels mit diesen Ländern sein. Länder wie England, die vom Ausfuhrhandel abhängig seien, würden die größte Last zu tragen haben. Außerdem würde es keine Reparationen geben, solange keine finanzielle Stabilität erreicht sei. Auf die Dauer werde wohl Rußland dasjenige Land sein, das die deutsche Ausgabe zum größten Teil abfordern werde, vorausgesetzt, daß man solche Ausgabe überhaupt erwarten könne. Welchen Erfolg der erste Schritt zur Regelung des Reparationsproblems haben könne, könne er nicht sagen, er könne nur wiederholt darauf hinweisen, daß die Regierung keine Anstrengungen unterlassen werde, um eine Regelung zustande zu bringen. Sie habe aber nicht die Macht, allein zu entscheiden.

## Auch Belgien verlangt die Kapitulation.

Paris, 27. Juli. (W.B.) Die Agentur Havas veröffentlicht eine Note, in der es heißt: Die französische und die belgische Regierung haben den Meinungsaustausch über die letzte britische Reparationsnote beendet. Die beiden Kabinette sind vollkommen einig, aufs neue zu bestätigen, daß eine Verhandlung mit dem Deutschen Reich

nur nach Einstellung des passiven Widerstandes ins Auge gefaßt, und daß die Räumung des Ruhrgebietes nur erfolgen kann, wenn Deutschland genügend Zahlungen geleistet hat. Dieselbe Gleichheit der Ansichten ist in Paris und Brüssel hinsichtlich der Folge, die dem britischen Vorschlag gegeben werden soll, erzielt worden. Augenblicklich ist nur noch erforderlich, den Text der Antworten Frankreichs und Belgiens festzulegen. Es scheint jedoch sicher zu sein, daß jedes der beiden Kabinette für sich eine Antwort erteilt, in der sie ähnliche Gedanken ausführen, die jedoch nicht in dem gleichen Wortlaut gehalten sind. Die Tatsache, daß die französische und die belgische Regierung getrennt antworten, darf

nicht als Anzeichen einer Meinungsverschiedenheit ausgelegt werden. Die beiden Kabinette glauben tatsächlich, daß sie ohne Ungelegenheiten für eine gewisse Aktionsfreiheit bewahren können, wie es übrigens das normale Spiel der Allianzen mit sich bringt, da gewisse Seiten der Probleme, die erörtert werden, Frankreich und Belgien nicht in gleicher Weise interessieren, wie beispielsweise die interalliierten Schulden, da ja bekanntlich der Friedensvertrag von Versailles Belgien keine Kriegsschuld erlassen hat. Poincaré hat den Antwortentwurf für Frankreich fertiggestellt, Jaspars die Antwort für Belgien. Die beiden Minister haben ihre Texte ausgetauscht und ebenso Beratungen, die sie glauben formulieren zu müssen.

Nach der Havas-Note wird wahrscheinlich der endgültige Wortlaut der beiden Noten am Samstag fertiggestellt und am Montag in London überreicht werden. Poincaré begibt sich heute mittags für drei Tage auf seinen Landsitz. Es ist immer noch davon die Rede, daß Poincaré, Theunis und Jaspars im Laufe der kommenden Woche eine Zusammenkunft haben werden.

London, 27. Juli. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ warnt davor, zuviel Befens davon zu machen, daß Belgien und Frankreich getrennte Antworten senden. Er meint, die belgische Auffassung unterziehe sich von der französischen mehr im Maß als im Wesen. In der Frage des passiven Widerstandes besäße Brüssel vielleicht weniger Ehrgeiz darauf, daß England ihn verurteilen solle, und sei vielleicht geneigter als Frankreich, Angaben über das Besatzungsregime nach einer deutschen Kapitulation zu machen sowie über die Bedeutung des Ausbruchs „fortschreitende Räumung“, doch werde Brüssel vielleicht in einer separaten Note oder in diplomatischen Besprechungen Großbritannien auffordern, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu fordern.

Ueber die Unproduktivität der „produktiven Pfänder“ sei sich Belgien klar, demnach würde es sich wohl darauf beschränken, die französische These über den Umfang und die Dauer solcher Pfänder zu mildern, um dadurch eine Grundlage für eine gemeinsame interalliierte Politik herzustellen. In der Frage der Sachverständigenkommission seien die Meinungsverschiedenheiten zwischen Belgien und Frankreich ausgesprochen. Für den Augenblick werde jedoch versucht werden, die unversöhnlichen Differenzen im Hintergrund zu halten. Im allgemeinen könne man sagen, daß die Alliierten eine provisorische Lösung nicht als sehr dringend anzusehen scheinen, so lange Deutschland nicht kapituliert habe oder zusammengebrochen sei.

## Rolle taucht wieder auf.

Paris, 27. Juli. (W.B.) Ministerpräsident Poincaré empfing gestern den Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland General Kellie, der nach dem „Petit Parisien“ ihm über die Schwierigkeiten, die die Kommission bei der Ausübung ihres Mandates in Deutschland finde, unterrichtet habe. Die Interalliierte Kontrollkommission sei fast in die Unmöglichkeit versetzt worden, die Ausführung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages von Versailles zu gewährleisten.

## Die belgischen Kommunisten freigesprochen.

Brüssel, 27. Juli. (E.B.) Der Prozeß gegen die 15 belgischen Kommunisten, die des Anschlages gegen die Sicherheit des Staates angeklagt waren, ist am Donnerstag abend vor dem Schwurgericht von Brabant zu Ende gegangen. Alle Angeklagten sind freigesprochen und die sofortige Freilassung angeordnet worden.

Eine bessere Reklame für die gänzlich unbedeutende kommunistische Partei Belgiens als dieser Prozeß war gar nicht denkbar.

## Im Tohuwabohu.

Keinem rechtlich Denkenden gefällt die heutige Welt. Nur Kriegsgewinnler, Schieber, Futtermisler und Konfuzien haben an ihr ein Wohlgefallen. Die sogenannten Reichen haben sich mit Raffinement und Gewissenhaftigkeit, mit Gelegenheitsglück und Elbogenfreiheit gesund gemacht auf Kosten der nach unten Gedrückten und der Allgemeinheit. Sie leben noch immer ihr einziges Lebensideal im Schein und der „bilden Marie“, in Autos und Willen, in neuer Kunst, Champans und Fettsucht. Sie können sich mit all ihrem zusammengehobenen Papiergeld doch eins nicht kaufen: die Herzens- und Verstandesbildung. Vergebene Lebensmühe, darüber noch viel zu reden! Zeitgenossen sind es, die leider ertragen werden müssen. In Zeitaltern, wie den unserigen, hat übertriebene Moralhuberei keinen großen Zweck, wenn man auch keineswegs an allen unerfreulichen Erscheinungen eines solchen aus der Ordnung gerückten Lebens mit Achselzucken und stoischem Gleichmut vorübergehen soll. Wir leben zu rasch und kennen zu wenig von unersättlicher Gier. Der weise Rabbi Ben Akiba hat wieder einmal recht: es ist alles schon dagewesen! In der Welt wiederholt sich nach großen Umwälzungen im Schoße der Völker das Schauspiel des Teuerungswahns und der Selbstentwertung immer wieder. Vogelstreichungen waren fast naturgemäß immer das Sinken der Moral, die Sucht nach Reichtum auf Kosten anderer und ein tolles Sichausleben weiter Volkstriebe mit dem Motto: nach uns die Sintflut! Nach den Schilderungen zeitgenössischer Lieberlieferungen muß der Sittenverfall in früheren Zeiten noch viel schlimmer gewesen sein als heute, und alle Berichte stimmen wie ein Treppennuß der Weltgeschichte darin überein, daß in solchen Zeiten gerade Frankreich in der Kultur am meisten zurückging. Es gab auch damals immer genug geistig und sittlich unerrückbar hochstehende Menschen, die gegenüber dem wilden Chaos sich in die Kasse der Weltverbesserer hineinschoben. Ihre warnende Stimme verhallte wie die des Predigers in der Wüste. Nie fand sich ein starker Mann, der die taumelnde Menschheit vom Uebel erlöste. Es mußte immer erst wieder ein neues gründlich umwälzendes Ereignis eintreten, das dann ganz von selbst lusttreibend wie ein Gewitter wirkte. In jedem dieser weltgeschichtlichen Abschnitte war auch der Gegenpol zwischen alt und jung unermessbar. Wie kann man von einer Jugend, der schulpflichtigen wie der schulentlassenen, die mitten im Tohuwabohu groß wurde und Schönes und Edles kaum kennen lernte, geläuterte Anschauungen und Triebe verlangen als von den Erwachsenen! Sie verdient unser Mitleid, unsere Nachsicht, unser vorläufiges zielbewusstes Denken und Beiten wieder zu der sittlichen Höhe des Lebens, nicht auf Schritt und Tritt eine Enttäuschung, die Siphosphorblei ist und sich erschöpft in anodenden Schimpfen. Jugend hat keine Tugend. Hättet ihr älteren nicht vielleicht, wahrscheinlich sogar, ganz das gleiche getan in gleichen Zeiten? Es gibt Menschen, die keine zehn Worte reden oder schreiben können, ohne ihre Mitmenschen zu gängeln oder zu bevormunden. Was der Kluge übersteht, wenn es ihm nicht wichtig genug erscheint, ist dem cholerischen Kritiker eine Quelle ewiger Selbstverärgerung. Nichts ist verkehrter und arthroskopischer. Man denke an die Brunnerer. Was Brunner wollte, war im Kern wohl gut. Sein Fehler aber war, sich in ein Spitzrittertum zu verbohnen, den psychologischen Zusammenhang zu verkennen, die Ursachen der Entwidlung zu unterschätzen und mit Kopuzinaden alle Welt über einen Sittlichkeitsleisen schlagen zu wollen. So war ihm das Schicksal so vieler anderer Weltverbesserer beschieden, die wie ein Meteor aufleuchteten und an sich selbst zugrunde gehen. Ein gepeinigtes Volk, das in weissen Schichten den sittlichen Halt vorübergehend verliert, verdrängt plumpe Schulmeister mit allergrößter Gewalt. Das Rad der Zeit dreht sich unheimlich. Sein Lauf bringt, wie die Geschichte lehrt, die Menschheit oft ebenso schnell wieder zur Vernunft, wie er sie zur Unvernunft und zum Sinnentaukel verleiht hat. Gesunde Kritik nimmt niemand übel. Und wer das schöne Talent besitzt, seine gemeinnützigen Wünsche mit der ährenden Bauge des Spottes und der Satire zu übergeben, anstatt zu schimpfen, hat die Waher und meist auch den Erfolg auf seiner Seite.

## Weil er russisch verstand.

### Das Vech der internationalen Taschendiebe.

Einen Kusschen erregenden Verlauf nahm vorgestern eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Mitte gegen die drei internationalen D-Jugtaschendiebe, den Reisenden Jacob Thaler, den Schuhmacher Joseph Horen und den Fleischer Feder Pipsti, alle drei aus Riew und Odessa stammend.

Die Angeklagten wurden beschuldigt, im D-Zug Warschau-Paris einem japanischen Studenten eine schwarze Brieftasche aus Kralodiler mit Inhalt und in einem anderen D-Zug einem Schriftsteller aus Wiesbaden eine Brieftasche mit 50 000 R. und 150 000 Fr. entwendet zu haben. Am schwersten lag der dritte Fall, bei dem am 15. September im Berlin-Barschauer D-Zug einem Kaufmann Hensele aus Bremen eine goldene Uhr entwendet wurde. Hensele sah im Abteil Thaler gegenüber und wurde von diesem wiederholt nach der Zeit gefragt. Als dann Hensele den Speisewagen aufsuchen wollte, drängte sich Thaler im Gange an Hensele heran, während Horen sich von hinten an ihn herannahm. Als dann fünf Minuten später Hensele nach seiner Uhr sehen wollte, war diese zu seinem Erstaunen verschwunden. Es handelte sich um eine schwebgoldene Uhr im Werte von 10 Millionen Mark. Da Thaler durch sein Benehmen Hensele verdächtig vorgenommen war, so stellte er ihn und forderte die Herausgabe der Uhr. Thaler bestritt zunächst, die Uhr zu haben, küsterte aber Horen etwas auf russisch zu. Zu keinem Vech verstand jedoch Hensele russisch und hörte, daß Thaler dem Horen sagte, er solle sich von Pipsti die Uhr geben lassen. Schließlich erklärte Thaler dem Bestohlenen, daß er die Uhr auf der Erde gefunden und auf die Toilette getragen habe. Als man sich dorthin begab, wurde die Uhr auch hinter dem Koffer gefunden. In der vorgestrigen Verhandlung bestritten die drei Angeklagten den Diebstahl. Thaler blieb dabei, die Uhr gefunden und auf die Toilette getragen zu haben. Horen, der schon zweimal wegen ähnlichen Diebstählen vorbestraft ist, versuchte den „wilden Mann“ zu spielen. Als er sah, daß das Gericht nicht darauf einging, fing er plötzlich an zu schreien und gab dem neben ihm stehenden Mitangeklagten Thaler einen fürchterlichen Schlag ins Gesicht. Er zog sich dann den Rock aus, biß sich in die Hände und raufte sich die Haare aus. Die Justizwachtmeister mußten erst Hilfe herbeiholen, damit der Angeklagte übermühtig werden konnte. Das Gericht kam in den beiden ersten Fällen zu einer Freisprechung und verurteilte in dem Fall Hensele Horen zu drei Jahren Zuchthaus, Thaler und Pipsti zu einhalb Jahren Zuchthaus. Es wurde auch auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Den Angeklagten wurden sechs Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

## Der Mann mit den großen Plänen.

Bei Berliner Rechtsanwältinnen und großen Gesellschaften sprach in der letzten Zeit ein Mann vor, der große Pläne hatte. Wie er erzählte, hatte er bedeutende Unternehmungen zu verkaufen, oder auch zu kaufen, Besondere Bergwerke, aber auch Ziegelmägen und Betriebe anderer Art. Der Mann entwickelte mit großer Redegewandtheit seine Pläne, die aber alle noch nicht soweit waren, daß es zu einem Abschluß hätte kommen können. Darauf kam es ihm aber auch gar nicht an. Denn er suchte nur eine Gelegenheit, daß man ihn allein ließ, und dann verschwand er mit einer Schreibmaschine, einem Heberzieher oder was ihm sonst noch zu hand lag. Die Ausweisprotokolle, die er in den Reichsanstalten fand, benutzte er als Legitimation beim Verkauf der gestohlenen Maschinen.

Er wurde nun verhaftet und entpuppte sich als ein 48 Jahre alter Kaufmann Kurt Himmels, der während der Kriegszeit Lebensmittelmittelhandel betrieb. Schon einmal festgenommen, wurde er im April dieses Jahres von der Staatsanwaltschaft irrtümlich entlassen und nahm sofort sein Schwindeltreiben wieder auf. Er besaß keine Wohnung und hatte keine Sachen auf einem Bahnhof in Verwahrung gegeben. Mußte er einmal, was nicht allzu oft geschah, sein Hemd wechseln oder brauchte er sonst etwas, so ging er nach dem Bahnhof und holte es sich. Weitere Mitteilungen zur Aufklärung seines Treibens nimmt die Dienststelle B. 1. 13 entgegen.

## Der neue Eisenbahntarif.

Vom 1. August ab werden die Eisenbahntarife in der 3. und 4. Klasse um etwa 250 Proz., in der 1. und 2. Klasse um 300 Proz. erhöht, so daß sich folgende Einheitspreise für das Kilometer ergeben: in der 1. Klasse 3200 R., in der 2. Klasse 1600 R., in der 3. Klasse 500 R., in der 4. Klasse 330 R.

Die Schnellzugzuschläge für die Benutzung von D-Zügen betragen: in der 1. Zone (bis 75 Kilometer) 1. Klasse 64 000 R., 2. Klasse 32 000 R., 3. Klasse 10 000 R., in der 2. Zone (bis 150 Kilometer) 1. Klasse 128 000 R., 2. Klasse 64 000 R., 3. Klasse 20 000 R., in der 3. Zone (über 150 Kilometer) 1. Klasse 192 000 R., 2. Klasse 96 000 R., 3. Klasse 30 000 R. Bahnarten, die in den Zugangsstationen für alle D-Züge von den Mitteleuropäischen Reisebüros ausgegeben werden oder von außerhalb dort bestellt werden können: 1. Klasse 24 000 R., 2. Klasse 12 000 R., 3. Klasse 4000 R.

Eine Bahnsteigkarte kostet 3000 R., der Einheitspreis für Gepäck beträgt 128 R. für 10 Kilogramm und ein Kilometer, die Mindesttarif 9000 R. An der vierjährigen Gültigkeit der gewöhnlichen Fahrkarten wird nichts geändert; Fahrkarten, die am 31. Juli gekauft sind, gelten zur Fahrt noch bis zum 3. August, jedoch muß die Reise bis Winternacht beendet sein. — Rundreisehefte gelten zwar über den 1. August hinaus, jedoch muß, gleichgültig, ob das Heft im Juni oder im Juli gekauft und die Reise bereits vor dem 1. Juli angetreten wurde, für Reisekosten, die nach dem 3. August, nachts 12 Uhr, zurückgelegt werden, der Fahrpreisunterschied nachgezahlt werden, und zwar muß vor Antritt der Reise oder Weiterreise bei einer Ausgabestelle des Mitteleuropäischen Reisebüros oder einer größeren Fahrkartenausgabe ein Ergänzungschein gelöst werden; dieser Fahrchein kostet für im Juni gekaufte R.-E.-R.-Scheine in der ersten und zweiten Klasse das Fünftel, in der dritten und vierten Klasse das Neunzehnte des ursprünglich bezahlten Preises, für die im Juli gekauften Heft in der 1. und 2. Klasse das Dreifache, in der 3. und 4. Klasse das Doppelte des ursprünglich bezahlten Preises. Die Benutzung einer niedrigeren Klasse ist nur gegen Lösung eines ganz neuen Fahrcheins zulässig; für die nicht benutzten R.-E.-R.-Fahrcheine (Nichtbenutzung bescheinigen lassen) kann Erstattungsanspruch geltend gemacht werden.

Die Fahrpreise für die im August verkehrenden Feriensonderzüge werden gegen die ursprünglich angegebenen Preise verzehnfacht; alle Sonderzug-Rückfahrkarten jedoch ohne Nachzahlung.

## Böswillige Alarmierungen der Feuerwehr.

Die Berliner Feuerwehr, schon reichlich mit allen möglichen Dingen geplagt und von aller Welt als „Mädchen für alles“ täglich in Anspruch genommen, wird seit längerer Zeit Nacht für Nacht in böswilliger Weise alarmiert, ohne daß es gelingt, der Täter habhaft zu werden und ihnen das Handwerk zu legen. In der vergangenen Nacht mußten mehrere Löschzüge zwischen 1 und 2 Uhr nach der Wirtschstraße 62 im Osten von Berlin und nach der Ecke der Brunnenwall- und Eisenacher Straße in Schöneberg ausrücken. Es lagen böswillige Alarmierungen vor. Vorher war die Wehr schon böswillig nach der Ecke der Schiller- und Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg alarmiert worden. In der Nacht zum Mittwoch war sie böswillig nach der Rigaer Straße 91 und Dandemannstr. 43 gerufen worden, ferner nach der Greifswalder Straße 33 und anderen Stellen. Dieser „Sport“ ist nichts weiter als eine bodenlose und feige Gemeinheit, denn den Beamten der Feuerwehr wird dadurch die nächtliche Ruhe geraubt und die Stadt in ganz empfindlicher Weise geschädigt. Jeder Alarm kostet eine Menge Geld. Dazu kommt, daß die Feuerlöschzüge bei böswilligen Alarmen stets nach der Ursache und dem Täter forschen müssen, was Zeit erfordert. Während dieser Zeit sind sie natürlich ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen, wodurch sehr leicht bei Bränden und Unfällen Verzögerungen eintreten können. — Wegen eines gefährlichen Brandes wurde die Wehr nach der Ecke der Rischhofstraße gerufen, wo ein Kohlenplatz in Flammen stand. Es gelang, das Feuer einzudämmen und auf den Kohlenplatz zu beschränken.

Die Berliner Feuerwehr wurde wegen eines großen Brandes nach der Plantagenstraße 40 auf dem Wedding gerufen, wo in der letzten Nacht der Dachstuhl des Vorderhauses, das von zahlreichen Parteien bewohnt wird, in großer Ausdehnung brannte. Die 6. Kompanie rückte mit mehreren Löschzügen aus, und es gelang nach mehrstündiger Tätigkeit, der Flammen, die an dem Inhalt der vielen Bodenverschläge reiche Nahrung gefunden hatten, auf den Dachstuhl und das vierte Geschoss, das durch Wasser gelitten hat, zu beschränken. Der Schaden ist erheblich. Die Ursache konnte noch nicht ermittelt werden. — Wegen eines gefährlichen Benzolbrandes wurden 2 Züge der Reutlinger Feuerwehr nach einer Autogarage in der Berliner Straße 15 gerufen. Nachdem mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit Wasser gegeben war, gelang es, die Gefahr zu beseitigen.

## Die Fünfmillionenbanknote.

Die Reichsbank bringt jetzt das Kleingeld der nächsten Zukunft — Reichsbanknoten zu Fünfmillionen Mark — heraus, die in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen sollen. Die Note ist auf weißem Papier gedruckt und 80 mal 190 Millimeter groß. Sie zeigt an der linken Seite in der Durchsicht ein aus zwei sich kreuzenden Bändern bestehendes Wasserzeichen. Das eine Band ist durch dunkle Linien begrenzt und enthält die helle Ziffer „5000“, während das andere zwischen hellen Linien in dunkler Schrift das Wort „Mark“ trägt. Die Wirkung dieses Wasserzeichens wird dadurch erhöht, daß dieser Papierstreifen grünlich gefärbt ist und orangefarbene einseitige Falten enthält. Die Wertangabe ist in kräftigen gotischen Buchstaben hergestellt. Die gleiche Schriftart ist für das Wort „Reichsbanknote“, für die Tagesangabe und für die Unterschriftteile verwendet. Rechts und links von den Unterschriften befindet sich je ein Stempel. An der rechten Seite steht quer die Strafanzeige, links neben dem Wasserzeichen in roter Farbe die Reihenbezeichnung und Nummer. Die Note ist nur einseitig bedruckt und zeigt eine von oben nach unten gehende Riffelung des Papiers.

Ein Großladhaus vom Blitz durchschlagen. Bei dem heftigen Gewitter, das gestern morgen sich über Berlin entlud, durchschlug ein Blitz das Haus Kastanienallee 13/14 vom Dach bis zum Keller die sämtlichen vier Stockwerke, zum Glück ohne zu zünden. Trotzdem ist erheblicher Sachschaden entstanden, indem Mobilien und Immobilien zerrümmert wurden. In der Badstraße drang das Regenwasser in den Keller der Dresdener Bank, Badstraße 34/36, in dem alles überflutet wurde.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch kühl und sehr unbeständig, mit weiteren Regenschauern und frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteienachrichten.

12. Kreis Tempelhof, Marienheide, Marienheide, Altdorf. Der Reichsanwalt, die Bundesanwaltschaft, sowie alle Helfer und Ordner zum Sommerfest treffen sich Sonntag früh 8 Uhr im Biermännchen Tempelhof. Da die Marienheider Gemellen in der Dienstausübung nicht anwesend werden, werden die Delegierten ersucht, je zwei Gemellen zu delegieren. Föhnen und Ausschmückungsgegenstände sind mitzubringen.



